

RECHTS IN DER MITTE

Hans Kollhoffs CasaPound

Verena Hartbaum



Dass die gegenwärtige konservative Wende scheinbar immer weiter nach rechts dreht, ist in seinem Ausmaß wohl *das* politische Überraschungsmoment der vergangenen Monate und Jahre. Seit den Wahlerfolgen der AfD, seit der zunehmenden Ablehnung der europäischen Ideale durch einen international wachsenden Rechtenationalismus und seitdem weltweit freie, demokratische Wahlen – siehe Orbán, Trump, Bolsonaro et cetera – immer mehr Autokraten ins Amt hieven, scheint der konsensuell sozialisierten „Mitte der Gesellschaft“ in Deutschland und darüber hinaus die Gewissheit eines „Nie wieder“ langsam aber sicher abhanden zu kommen. Im Folgenden soll der Fokus auf eben diese „Mitte“ – und ihren derzeit wohl gängigsten Architekturdiskurs – gelenkt werden, um zu zeigen, mit welcher geringer Mühe besonders *jene* Projekte von der Rechten narrativ besetzt werden können, die einen gesellschaftlichen Konsens über Geschichte und Ordnung herzustellen scheinen. Darüber hinaus soll deutlich gemacht werden, dass auch eine rechte Lesart des architektonischen Rückgriffs in

die Geschichte mitunter schon seit vielen Jahren breite Akzeptanz gefunden hat. Es überrascht nicht, dass es derzeit in erster Linie Rekonstruktionsarchitektur ist, die Anschluss für rechtes und nationalistisches Gedankengut bietet, können sie doch für eine interventionistische und identitäre Geschichtspolitik vereinnahmt werden. Doch auch Projekte, die sich nur lose auf eine vermeintlich verlorengegangene Architekturgeschichte beziehen, legitimieren sich mitunter systematisch über höchst problematische, historisch hergeleitete Argumente, denen hier, exemplarisch im Bereich der Ökonomie, nachgegangen werden soll.

Dass ein großer Teil der folgenden Untersuchung im Kontext des wiedervereinigten Berlin verortet ist, hat mehrere Gründe, von denen zwei direkt genannt werden sollen: Obwohl die Architektur produktionsbedingt als langsame Disziplin den gesellschaftlichen Entwicklungen immer nachhängt statt sie unmittelbar abbilden zu können, hat die Berliner Tendenz zur Retrospektive geradezu seismografischen Charakter. Das stark sozialdemokratisch getragene Projekt einer Stadtentwicklung auf Basis *der* Historie wurde zwischenzeitlich *erstens* auf der ökonomischen Ebene zu einem inzwischen globalisierten Erfolgsschlag und *zweitens* auf der gesellschaftlichen Ebene zu einem breit anerkannten Entwicklungskonzept, das als Abziehbild bereits in allen Winkeln der Republik Früchte trägt. Problematisiert werden soll an dieser Stelle (ausnahmsweise) weniger die Verklärung exkludierender und segregierender Lebensformen, sondern vielmehr, dass der Trend zum vermeintlich Bewährten einer raum- und gestaltungspolitischen Strategie der Rechten Tür und Tor öffnet. Die landauf und landab geführte Debatte über einen irgendwie gefühlten Bedarf an neugebauter Geschichte



Fellini Residences in der Kommandantenstraße in Berlin-Mitte

führt dabei leider immer auch den Leumund des wohlmeinenden zivilgesellschaftlichen Engagements mit sich. Doch auch der historische Rückgriff macht aus dem Bausektor kein Allgemeinwohl. Im Gegenteil: Wenn Architektur das „Ordnen von sozialen Beziehungen durch Gebautes“⁰¹ ist, dann ist retrospektive Architektur (mindestens) eine Referenz an Identitäten und Gemeinschaften, deren Ordnungen zumeist vor-, manchmal aber eben auch un- oder gar antidemokratisch waren. Gleichsam in nuce kommt die Berliner Gemengelage in Hans Kollhoffs Walter-Benjamin-Platz-Bebauung (1999–2001) zusammen, in die der konservative Architekt eine antisemitische Flaschenpost aus der Zeit des italienischen Faschismus in die deutsche Gegenwart hineingeschmuggelt hat – bis dato weitgehend unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit.

I. Geschichte

Denkt man an repräsentative öffentliche Bauprojekte der vergangenen Jahre in Deutschland, so ist es vor allem die Rekonstruktion im Zweiten Weltkrieg zerstörter oder nach 1945 abgerissener Gebäude und Ensembles, die ein mehrheitsfähiges Anliegen zu sein scheint. Oft reicht schon das Vorhaben der Rekonstruktion eines historischen Objektes, um die Wiederherstellung eines ganzen umliegenden Kontextes in Gang zu setzen. Dass die dabei entstehenden profanen Wohn- und Geschäftshäuser dann nur einem vage historisch anmutenden Bild entsprechen, ist gängige Praxis. Im Folgenden soll hierfür der Begriff des „retrospektiven Bauens“ verwendet werden.⁰²

Retrospektiv Bauen in Berlin

Das Gros der jüngeren Berliner Baupraxis ignoriert das breite Spektrum architektonischer Möglichkeiten, die allein das 20. Jahrhundert hervorbrachte – und orientiert sich stattdessen an weiter zurückliegenden Epochen. Ein umfangreicher Teil des inzwischen neu gebauten Berlins beruht auf der Vorstellung von *einer* historischen Variante der Stadt. Seine Vorgeschichte findet das jüngere retrospektive Bauen in Berlin mit der grundlegenden Ablehnung moderner Stadtplanung der Nachkriegsjahre seit der Mitte der 1960er-Jahre – und einer Reihe von Bauten, die unter dem Eindruck des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975, der Ölkrise und einer zunehmenden Ressourcen-Sensibilität entstanden sind. Bestandsschutz und Stadtreparatur wurden zu zentralen Leitgedanken, die zu einer Besinnung auf den traditionellen Stadtgrundriss im Sinne einer „kritischen Rekonstruktion“ führten. Ab 1981 standen die Vorbereitungen zur Internationalen Bauausstellung (IBA) in West-Berlin sowie zur 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin in beiden Stadthälften im Zentrum der Architekturdebatte. In Ost wie West setzte man auf den repräsentativen Charakter postmoderner Architektur. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wirkte die neue alte Hauptstadt die Möglichkeit auf einen – auch architektonischen – Neustart mit einer zähen Debatte, die als „Berliner Architekturstreit“ in die Baugeschichte einging.

Von derlei Grabenkämpfen weitgehend unberührt, blüht seither die Vermarktung anachronistischer Gesellschaftsvorstellungen weit über die Stadt und Landesgrenzen hinaus: Das retrospektive Bauen findet sich heute in einer zunehmend austauschbaren „Portfolio-Architektur“ wieder, die auf Kompatibilität mit dem Immobilienmarkt – größtenteils

Berlin

Das Moment
der Retrospektive
wird zunehmend
als stadträumliche
Herstellung
anachronistischer
Gesellschafts-
ordnungen
verstanden.

im Luxussegment – hin angelegt ist. So knüpfte der ehemalige Senatsbaudirektor Hans Stimmann (SPD), der als „Sarrazin der Architektur“⁰³ in die Berliner Stadtbaugeschichte eingegangen ist, den Begriff des „neuen Stadtbürgers“ eng an die gestalterisch retrospektive Idee der kleinteiligen Parzellierung sowie an fast schon großbürgerliche Eigentumsvorstellungen. Die stadtpolitisch forcierte Privatisierung von Grund und Boden, die in Typologien wie dem „Stadthaus“ am Friedrichswerder kulminierte, ist architektonisch vorrangig mit der Zurschaustellung von Distinktionsmerkmalen verbunden: Während mit der Wiederaufbaudebatte um das Stadtschloss der Sinn feudaler Gesellschaftsformen öffentlich in Frage gestellt wurde, entstanden in der näheren und weiteren Umgebung zahlreiche historisierende Wohn- und Geschäftshäuser sowie ganze Quartiere mit Bezeichnungen wie „Kronprinzengärten“, „Belles Etages“, „Fellini Residences“ oder „Königsquartier“. Es ist nicht zu übersehen, wie hierbei das Moment der Retrospektive zunehmend als stadträumliche Herstellung anachronistischer Gesellschaftsordnungen verstanden wird. Dass das retrospektive Bauen dabei zunehmend im reinen Portfolio – also im marktgerechten Zuschnitt, größtenteils im Luxussegment – aufgeht, liegt darin begründet, dass die beschriebene Entwicklung zwar lokal verortet ist, aber nur im Kontext eines globalen Finanzsystems verstanden werden kann.⁰⁴ Inwieweit derlei Architekturen ideologisch belastet sind, ist zum Streitpunkt zwischen Verfechter*innen des postideologischen Zeitalters im Zeichen eines Neoliberalismus und Kritiker*innen eben jener Neoliberalisierung geworden.

Baukulturelles Engagement als identitätspolitische Strategie

Betrachtet man die aktuellen raum- und gestaltungspolitischen Strategien der Rechten in Deutschland, so fällt auf, dass der (architektur-)historische Rückblick das Hauptmotiv ihrer kulturpolitischen Ausrichtung



Kronprinzengärten in der Falkoniergasse in Berlin-Mitte

darstellt – und zwar generationenübergreifend.⁰⁵ Ob die Deutungshoheit über den Naumburger Dom oder der Neubau der Frankfurter Altstadt – das zunächst „nur“ wertkonservative Projekt des geschichtlichen Rückblicks bietet der Rechten die Möglichkeit, auf kurzem Wege die „Mitte“ zu adressieren, ohne dabei ihre völkischen Gesellschaftsbilder einschränken zu müssen. Dass die Rechte eigene kulturpolitische Strategien verfolgt, ist weder überraschend noch verwerflich. Problematisch ist dabei vor allem, dass im deutschen Architekturdiskurs seit der Wiedervereinigung der Bedarf eines Konsenses über Geschichte und Ordnung proklamiert wird, durch den die verbreiterte Akzeptanz revisionistischer Geschichtspolitik überhaupt erst möglich wird. Üblicherweise gilt gesellschaftlicher Konsens als eines jener Phänomene, die man wohl am wenigsten mit Rechtspopulismus in Verbindung bringen würde, lebt dieser doch eher von gesellschaftlichen Provokationen. Doch für die reale Teilhabe an kultureller Hegemonie ist der Konsens – und vor allem die Erweiterbarkeit desselben – ein unersetzliches Werkzeug. Der Historiker Volker Weiß verfolgt in seinem Buch *Die autoritäre Revolte* die These, dass in den letzten Jahren der Bereich des Sagbaren signifikant erweitert wurde, die Rechte dabei allerdings nicht Verursacherin, sondern nur „Nutznießerin“ der Entwicklung ist: „Sie springt auf eine Entwicklung auf. In dieser Hinsicht profitiert die Neue Rechte von den vielfältigen ‚Tabubrüchen‘ der letzten Jahre. Denken Sie an Martin Walser, denken Sie an Thilo Sarrazin. Es ist ja eher der Chauvinismus

der Gebildeten und Wohlhabenden, der sich in dieser Form Bahn bricht. [...] Die Programmatik wurde bereits in den 1990er-Jahren mit dem Titel eines Sammelbands auf den Punkt gebracht: ‚Die selbstbewußte Nation‘. Allerdings hat es dieses ‚selbst‘ in sich. Abstrakt gesprochen geht es um die Wiederherstellung ethnischer und kultureller Homogenität, konkret um die Revision von 1968 und 1945.“⁰⁶

Blicken wir also auf die seit den 1990ern im deutschsprachigen Architekturdiskurs entwickelten Möglichkeiten, das Sagbare zu definieren. Ein wesentliches Werkzeug zur Überwindung von Legitimationskrisen im Bauwesen ist da sicherlich die Entwicklung eines intendiert allgemeinverbindlichen Begriffes von „Baukultur“. Neben Berufsverbänden und wissenschaftlichen Arbeiten ist es vor allem die Bundesstiftung Baukultur, die seit ihrer Gründung im Jahr 2007 eine Art deliberatives Monopol auf den Begriff reklamiert. Die Unabhängigkeit der Einrichtung und die Transparenz ihrer Organisation ist dabei unbedingt notwendig, um die Glaubwürdigkeit des vermeintlichen Konsenses zu wahren. Auch der politische Einfluss der zweijährlich erscheinenden *Baukulturberichte* ist nicht zu unterschätzen. Selbst die AfD bekennt sich – unter Ausschluss der energiepolitischen Ziele – zur Umsetzung der von der Stiftung formulierten Handlungsempfehlungen.⁰⁷ Kein Wunder, schließlich empfiehlt diese unter anderem die „Bewahrung und Pflege des baukulturellen Erbes“ und die „Stärkung von Standorten durch die Identifizierung, Förderung und Vermittlung der nationalen bzw. regionalen Identität“⁰⁸. An dieser Stelle beginnt nun aber das Ringen um die Deutungshoheit über Baudenkmäler und ihre historische Stellung, für den die Rechte ein zunehmendes Engagement aufzubringen scheint.⁰⁹

Laut Grundsatzprogramm befürwortet die AfD gemeinnützige private Kulturstiftungen sowie bürgerschaftliche Kulturinitiativen – und fordert, den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückzudrängen.¹⁰ Auf der einen Seite geht es hier ganz offenkundig darum, kulturelle Hegemonie auch jenseits unmittelbarer rechtsstaatlicher Kontrollfunktionen zu erlangen. Auf der anderen Seite zielt die Aufforderung aber auch auf die Besetzung bereits bestehender baukultureller Initiativen: Tatsächlich lassen sich sämtliche repräsentativen Rekonstruktionsarchitekturen der vergangenen Jahre auf zivilgesellschaftliches Engagement zurückführen. Für Schlagzeilen sorgte jüngst die neue Frankfurter Altstadt, deren Entstehung besonders von der Bürgerinitiative Pro Altstadt e. V. forciert worden war.¹¹ Aber auch die geplanten, sich im Bau befindenden beziehungsweise bereits realisierten Rekonstruktionen des Berliner Stadtschlusses (Gesellschaft Berliner Schloss e. V., Förderverein Berliner Schloss e. V., Forum Stadtbild Berlin e. V.), der benachbarten Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel (Verein internationale Bauakademie, Förderverein für die Schinkelsche Bauakademie e. V., Gesellschaft Historisches Berlin e. V.), der Garnisonkirche und des Stadtschlusses in Potsdam (Stiftung Garnisonkirche Potsdam, Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e. V., Förderverein Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte e. V., Potsdamer Stadtschloss e. V.), des Dresdner Neumarkts (Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V., StadtbilDD) und viele mehr werden von einer kaum zu überblickenden Menge an Vereinen und Stiftungen begleitet. Die jeweiligen Intentionen der Aktivist*innen sind dabei ganz unterschiedlich. Da gibt es die lokal engagierte Historikerin, aber auch interessegeleitete Vertreter*innen der Baubranche (Bauakademie¹²) bis hin

Beachtet man die Immobilienpreise, kann von einer Wertsteigerung durch Historisierung gesprochen werden.

zu Entrepreneur*innen, die ihr Vermögen ebenso steuerlich vorteilhaft wie publikumswirksam in feudalem Stil zu investieren versuchen (Potsdamer Stadtschloss¹³). Nur bei manchen Repräsentant*innen dieser Initiativen kann eine direkte Nähe zu rechten Milieus bewiesen werden: So kooperiert die erste Vorsitzende des Frankfurter Pro Altstadt e. V., Cornelia Bensinger, mit der *Jungen Freiheit* und umgibt sich gerne mit Rechtsradikalen wie Wolfgang Hübner, der als Stadtverordneter der rechtspopulistischen Bürger für Frankfurt (BFF) den Wiederaufbau der Frankfurter Altstadt mit auf den Weg brachte; im Vorstand der Gesellschaft Historisches Berlin e. V. sitzen unter anderem der AfD-Politiker Daniel Krüger und der Kunsthistoriker Guido Hinterkeuser, der die rechtspopulistische „Erklärung 2018“ unterzeichnete. Weitere Beispiele ließen sich nennen, und doch würden diese nur als Ausnahmen die Regel bestätigen, dass die Stadtbild-Initiativen von Akteur*innen aller politischen Lager getragen werden. Jedoch ist das allen gemeinsame Ziel eine positive, identitätsstiftende Version deutscher Geschichte zu rekonstruieren und damit auch narrativ zu besetzen. Dies ist in höchstem Maße kompatibel mit dem kulturpolitischen Programm der AfD, die eben dies unter dem Begriff der „erweiterten Geschichtsbetrachtung“ verbucht.¹⁴

Es muss an dieser Stelle also noch einmal deutlich formuliert werden, dass es bei aller Kritik am retrospektiven Bauen nicht darum gehen soll, den historischen Rückgriff in Architektur als rechte Position zu deklarieren oder zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Bereich per se zu diffamieren, sondern um die Beschreibung jener mal direkten, mal verwinkelten Wege, auf denen Rechte versuchen, konsensuelle baukulturelle Praktiken mit eigenen identitätspolitischen Programmen zu besetzen.

II. Ordnung

Noch wichtiger als die Frage danach, ob nun historisierend gebaut werden darf/soll oder nicht, ist die Diskussion darüber, welcher ökonomischen Logik die jeweiligen Projekte unterliegen. Bei retrospektiver Architektur driften die Narrationen der historischen Überlieferung und die nackten Tatsachen der spätkapitalistischen Produktionsbedingungen oft weit auseinander.

Bereicherungsökonomie

Analysiert man die gängigen Argumentationen im Bereich des retrospektiven Bauens, so stößt man schnell auf eine Vielfalt an Synonymen rund um den Begriff der „Wertigkeit“. Im typischen Immobilienjargon ist hier gerne von „wertbeständigen“, weil „zeitlos eleganten Gesamtkunstwerken“ (statt kurzlebiger Trends) die Rede. Sätze wie „Nur Wert hat Bestand“¹⁵, sind üblich. Den Vorwurf der Repression nehmen die einschlägigen Projektentwickler für gewöhnlich gerne in Kauf, denn schließlich bauen sie „nicht für Architekturtheoretiker“ sondern für eine ausgesuchte Klientel.¹⁶ Solche sprachlichen Hinweise sind nicht mehr (und auch nicht weniger) als das Versprechen von Exklusivität und Distinktion. Und tatsächlich: Beachtet man die Immobilienpreise retrospektiver Architektur im Verhältnis zu den jeweils angebotenen Flächen und Grundrissen, kann von einer Wertsteigerung durch Historisierung gesprochen werden.

Die Soziologen Luc Boltanski und Arnaud Esquerre sprechen in diesem Zusammenhang von „Bereicherungsökonomien“, die „auf der Ausbeutung einer einzigen Quelle beruhen, nämlich auf der Ausschlachtung der *Vergangenheit*.“¹⁷ Dabei geht es darum, „dass diese Ökonomie weniger auf der Produktion von neuen Dingen beruht, als



Walter-Benjamin-Platz mit den Leibnizkolonnaden von Kollhoff Architekten

Hans Kollhoffs Walter-Benjamin-Platz und die Poundische Kapitalismuskritik

vielmehr bereits vorhandene Dinge vor allem dadurch *reicher zu machen* versucht, dass sie sie mit Geschichte verknüpft. Zum anderen verweist der Ausdruck ‚Bereicherung‘ auf eine Besonderheit dieser Ökonomie, dass sie sich nämlich den Handel mit Dingen zunutze macht, die vornehmlich für Reiche bestimmt sind, die mit ihnen als zusätzliche Bereicherungsquelle Handel treiben.“¹⁸

In kaum einer anderen Stadt lässt sich eine Wertschöpfung aus der Geschichte auf so vielfältige Weise betreiben wie in Berlin. Das retrospektive Bauen berührt dabei sowohl Kultur, Tourismus und Luxus als auch den Vorgang der Patrimonialisierung – ein ständischer Begriff für die private Abschottung von Eigentum. Doch auch dieser Vorgang muss im Sinne der Bereicherungsökonomie mit Distinktion verbunden werden. Um dem schnöden Kapitalismus mehr Exklusivität zu verleihen, bietet sich als Überbau nur eine Kritik desselben an, die in sich schon tradiert und konservativ ist. Geradezu meisterhaft beherrschen manche Architekt*innen und Entwickler*innen dieses Metier. Doch im schlimmsten Falle legitimieren sie ihre Ansätze dabei systematisch auch über ideologisch eigentlich nicht vertretbare, aber eben historisch hergeleitete Argumente.

In Berlin war es zunächst vor allem der Architekt Hans Kollhoff, dessen kultur- und kapitalismuskritische Rhetoriken das Sagbare zunehmend nach rechts verschoben. Schon zu Beginn der 1990er war er aufgrund seiner Architektursprache mehrfach dem Faschismusverdacht ausgesetzt.¹⁹ Dass dieser jedoch ausschließlich polemisch artikuliert wurde, änderte sich auch nicht nach 2000, als mit dem Bau des sogenannten Walter-Benjamin-Platzes in Berlin-Charlottenburg eine Architektur entstand, die nicht nur stilistisch, sondern auch programmatisch eine Verneigung vor dem italienischen Faschismus darstellte. Lediglich ein Artikel des 2008 verstorbenen Historikers Heinz Dieter Kittsteiner in der *Berliner Zeitung* skandalisierte diese Zusammenhänge, wurde jedoch kaum beachtet.²⁰ Was Kittsteiner hierzu recherchierte und was die Verfasserin dieser Zeilen 2013 in einer erweiterten Untersuchung enthüllte,²¹ sei im Folgenden als der explizit antisemitische Kulminationspunkt einer implizit rechten retrospektiven Architektur Berliner Machart vorgestellt.

Selbst für ein Kollhoff-Projekt mutet die Architektursprache der Leibnizkolonnaden, die den Walter-Benjamin-Platz in Berlin-Charlottenburg umgeben, besonders streng an. Die Anlage spannt sich zwischen der Wieland- und der Leibnizstraße auf und wirkt wegen ihren Proportionen von 108 auf 32 Meter eher wie ein kurzer Straßenzug denn wie ein städtischer Platz. Die mit grau-grünem italienischem Sandstein verkleidete Bebauung, die spiegelsymmetrisch die Platzwand bilden, ist einheitlich gestaltet mit Lochfassaden, stehenden Fensteröffnungen sowie beidseitig umlaufenden, eineinhalbgeschossigen Kolonnaden mit Ladenlokalen.

Nach Aussage des Architekten entstand hier ein „Raumtypus, wie es ihn in den älteren Metropolen häufig, in Berlin jedoch infolge der jungen Stadtgeschichte noch nicht gibt“.²² Begibt man sich auf die Suche nach den historischen Vorbildern, stößt man auf eine berühmte Raumsituation, der die Charlottenburger Kolonnaden verblüffend ähneln: die 1936 von Marcello Piacentini – Mussolinis „Hofarchitekten“ – angelegte Via Roma im norditalienischen Turin mit ihren in Höhe und Breite nahezu identischen Kolonnaden und der ebenso beinahe symmetrischen Wiederholung der Bebauung auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Auch die Proportionen der Rundsäulen mit den stilistisch reduzierten dorischen Kapitellen sowie die massive, kantige Ausformulierung der Gebäudeecken durch Vierkantpfeiler, die rautenförmigen Leuchten oder der obere Gebäudeabschluss durch Balustraden dienten der Architektur des Walter-Benjamin-Platzes ganz offenkundig als Vorbild.

Unter anderem diese Verwandtschaft hat Hans Kollhoff den Vorwurf eingebracht, faschistische Architektur zu zitieren. Der Architekt hat diese Überlegung als einen „späte[n] Sieg der Nazis“²³ zurückgewiesen. Diese hätten leider „jede bewußt großstädtische Architektur desavouiert“, und jeder Architekt, „der heute einen Stein in die Hand nimmt, wird dem Faschismus-Verdacht ausgesetzt“²⁴. In den Augen des Architekten kann kein architektonischer Stil als spezifisch faschistisch beziehungsweise nationalsozialistisch betrachtet werden. Grundsätzlich lehnt Kollhoff die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Gesellschafts- und architektonischen Formen ab. Doch einer bestimmten Architektur gesteht Kollhoff sehr wohl politische Ausdruckskraft zu:

der steinern-monumentalen Berliner Architektur aus eigener Produktion, in der er die Materialisierung der geheimen Wünsche eines eigenverantwortlichen Bürgertums sieht, das er sich im weitgehend proletarisierten Berlin zurückersehnt. Laut Kollhoff ist „Monumentalität [der] Ausdruck eines kollektiven Interesses, das uns heute doch so offensichtlich abgeht“²⁵. Die erschütternde Wirkung, beispielsweise eines Pantheon, sei keinesfalls nur „Teil des faschistischen Bauens gewesen. Ich meine es etwas differenzierter. Man ist doch deshalb erschüttert, weil es erst sechzig Jahre her ist, dass solche Häuser und Städte entstanden, in denen man sich gut aufgehoben fühlte und die uns nicht die Probleme bereiten, mit denen wir hier ständig konfrontiert sind.“²⁶

Doch es ist nicht nur Kollhoffs Architektur, die den Walter-Benjamin-Platz in die Nähe des italienischen Faschismus rückt. Es ist viel mehr eine eingemeißelte Inschrift, mit der der Architekt höchstpersönlich für eine politisch unmissverständliche Programmierung sorgte – wenn auch fast im Verborgenen: Zurückhaltend, im Granitsteinpflaster eingelassen, findet sich auf dem Platz ein Zitat des US-amerikanischen Dichters Ezra Pound: „Bei Usura hat keiner ein Haus von gutem Werkstein / die Quadern wohlbehauen, fugenrecht, / dass die Stirnfläche sich zum Muster gliedert.“

Auf der Texttafel sind Autor und Herkunft der Zeilen nicht vermerkt. Auch die Stelle der Tafel, irgendwo seitlich der Mitte des Platzes, ist nicht weiter definierbar – und Passant*innen werden wohl nur durch Zufall darauf stoßen. Die sonst so konsequente Leere des Stadtraumes legt nahe, dass dieses Zitat als das eigentliche Motto des Platzes zu begreifen ist. Der Vers stammt aus Ezra Pounds Hauptwerk, den *Cantos*, genauer: aus dem 45., einem der sogenannten „Usura-Cantos“. Er wurde um 1936 verfasst, in einer Zeit also, in der sich der nach Italien übergesiedelte US-Amerikaner Pound bereits dem Faschismus zugewandt hatte. Im selben Jahr erschien Walter Benjamins berühmter Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“.

Ezra Pound lebte seit 1924 im italienischen Rapallo und wurde dort mehr und mehr zum Fürsprecher Mussolinis, den er 1933 auch persönlich traf. Über das gleichgeschaltete Radio Rom verbreitete er antisemitische Propaganda, in der er „die Juden“ für die Herrschaft der „Usura“, Italienisch für Wucher, verantwortlich machte.²⁷ Pound war bis zuletzt treuer Mussolini-Anhänger. Wegen antisemitischer Propaganda vor allem im Zusammenhang mit seinen Rundfunkreden wurde er nach Kriegsende vom amerikanischen Militär festgenommen und nach mehreren Monaten Inhaftierung per Gerichtsbeschluss für 13 Jahre in einer geschlossenen Washingtoner Heilanstalt untergebracht.²⁸

Mit der fiktiven Gegenüberstellung von Walter Benjamin (der Platz wurde auf Anregung zweier Fraktionsmitglieder der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf nach dem im selben Bezirk geborenen Denker benannt) und Ezra Pound vor der Kulisse einer dem italienischen Faschismus nahestehenden Bebauung treten denkbar krasse Gegensätze aufeinander. Immerhin wandte sich der deutsch-jüdische Schriftsteller Benjamin gegen die Ästhetisierung des Politischen durch den Faschismus und nahm sich 1940 auf der Flucht vor den Nationalsozialisten an der französisch-spanischen Grenze das Leben. Hans Kollhoff selbst hüllt sich über diese kaum anders als perfide zu nennende Konstellation in Rätsel: „Das ist ja das Schöne an der Konfrontation von Walter Benjamin und Ezra Pound, die persönlich ja nicht stattgefunden hat, dass man daran hypothetische Behauptungen knüpfen kann, die nicht selten ein grelles Licht werfen auf die fatale Geschichte des vergangenen Jahrhunderts.“²⁹

Mit dem Ezra-Pound-Zitat auf dem Walter-Benjamin-Platz machte sich Kollhoff Pounds antisemitisch konnotierte Kapitalismuskritik als die Wurzel allen wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt schöpferischen Übels zu eigen: Dort, wo der Wucher, im antisemitischen Jargon das „zinstreibende Judentum“, herrscht, kann keine gute Architektur entstehen, verlieren Handwerk und Wertigkeit des Materials ihre Bedeutung. Laut Kollhoff verweist das Zitat „natürlich auf die im Konsumkapitalismus prekäre Situation des Architekten und die vage Möglichkeit, Architektur überhaupt noch schaffen zu können“³⁰. Auch ist der auf dem Platz installierte zinskritische Vers ein expliziter Hinweis des Architekten auf seine Häuser „von gutem Werkstein“, von wertigem Oberflächenmaterial, welche den Platz beidseitig flankieren. Kollhoff konstatiert: „Heute, mit der bedauernswerten Verflachung, die das Bauen in unserem Land erlebt, wäre dieses Projekt nicht mehr realisierbar.“³¹ Doch Ursache für die Mentalität des schnellen Profits und die Rolle von Architektur als Investment und Konsumgut sind in seinen Augen nicht bei den Investor*innen zu suchen.³² Es „krankt“ insgesamt in der Gesellschaft, allen voran in der Berufsgruppe der Architekt*innen.³³ Die bedauernswerte Verfassung des eigenen Metiers habe ihre Ursache darin, dass „es so etwas wie einen allgemein verbindlichen, überindividuellen und objektivierbaren Konsens gar nicht mehr zu geben scheint“³⁴.

In der Argumentation Kollhoffs erweist sich die „Krankheit der Gesellschaft“ parallel zu Ezra Pounds „Usura-Canto“ als Sinnbild einer

Foto: Studio fotografico Gonnella, 2014 © Museo Torino



Dieser Abschnitt der Via Roma in Turin wurde unter der Leitung von Mussolinis Architekt Marcello Piacentini um 1936 erbaut.

Berlin

„Bei Usura hat
keiner ein Haus von
gutem Werkstein.
Die Quadern
wohlbehauen,
fugenrecht, dass
die Stirnfläche
sich zum Muster
gliedert.“
– Ezra Pound

technisierten und profitorientierten Realität, welche den menschlichen Gefühlswelten gegenübergestellt wird. Denn der Mensch verlange „nach einer Umgebung, die er begreifen kann, in die er sich mit seinem Körperempfinden einfühlen kann, gerade weil die technische Entwicklung sich längst jenseits der Grenzen unseres Empfindungsvermögens abspielt. [...] Mit der Versagung des Ornaments bleibt dem Menschen nichts mehr, das ihm emotionalen Zugang verschafft zu seinen Gehäusen, er rutscht sozusagen an seinen selbst geschaffenen, abstrakten Körpern ab.“³⁵

Damit einhergehend beschreibt der Architekt die gestiegene Bedeutung von Bilderglanz und Vermarktungsimagen in der Architektur, parallel mit der Transformation der Bürger*innen zu Konsument*innen³⁶. „Infantile“, „zappelnde“ Türme³⁷ wie in Schanghai und innerstädtische „Riesenoehrclips“³⁸ dienen in den zahlreichen Publikationen Hans Kollhoffs als Zeugnisse einer zunehmenden baukulturellen Verantwortungslosigkeit und Ausdruck eines „global consumerism“. So gelangt er über die Kapitalismuskritik zu seiner Forderung nach Architektur im Sinne der Ideale und Konventionen des 19. Jahrhunderts – oder aber der um 1936. Er setzt damit voraus, dass alte städtebauliche und architektonische Konzepte den zeitgenössischen allgemein als überlegen anerkannt und als angemessene Antwort auf heutige Planungsfragen betrachtet werden. An der Architektur des Walter-Benjamin-Platzes zeichnet sich ein deutlicher Widerwille ab, sich zeitgenössischen Fragestellungen baulich zu widmen. Stattdessen verbindet Hans Kollhoff den Begriff der Bürgerlichkeit mit der Vorstellung eines funktionierenden Gemeinwesens und der Vorstellung einer Verbindlichkeit der Architektur, die sich in einem „überindividuellen und objektivierbaren Konsens“ ausdrücke. Das Ziel der Architektur sei ihre ideelle und physische „Bewährung, die sich [aber] letztlich [nur] an der Überlieferung misst“³⁹.



Ein Zitat aus dem *Cantos*-Versepos des antisemitischen Dichters Ezra Pound ist in eine Granitbodenplatte des Walter-Benjamin-Platzes eingelassen.

Sucht man den Konsens in einer retrospektiven Kapitalismuskritik, so steht man vor einem ganzen Berg von Referenzen. Es gab und gibt sie von links wie von rechts sowie in allen Religionen – und immer steht sie in einer langen, ökonomiekritischen Tradition. Stets haben dazu auch Dichter*innen und Philosoph*innen Stellung bezogen. Bereits Aristoteles kritisierte den Zins: „Das Geborene ist gleicher Art wie das Gebärende, und durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“⁴⁰ Zu denken ist an das christlich fundierte Zinsverbot im Mittelalter und im Islam sowie an das frühe jüdische Gebot, untereinander keinen Zins zu nehmen. Nach dem Historiker Fernand Braudel entwickelt sich schon im christlichen Mittelalter eine zunehmende Differenzierung innerhalb der Geldwirtschaft. Aus dem alttestamentarischen Gedanken von Solidarität innerhalb der Lebensgemeinschaft, keinen Zins zu nehmen, beziehungsweise in der Praxis dies den Juden zu überlassen, entwickelte sich über die Jahrhunderte zunehmend eine christliche „Ethik des Zinsnehmens“.⁴¹ Schließlich wurde im Jahr 1830 das Zinsverbot der katholischen Kirche offiziell unter Papst Pius VIII. aufgehoben.⁴² Nach den Untersuchungen

des Historikers „hat sich das Blatt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewendet. [...] Die Unterscheidung zwischen Wucher und Zins ist nicht mehr rückgängig zu machen.“⁴³

Gottfried Feder, ein führender Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten, unterschied zwischen den Begriffen des „schaffenden“ Industriekapitals (Produktion) und des „raffenden“ Finanzkapitals (Spekulation).⁴⁴ Diese und viele weitere Zinskritiken versuchen die Einheit von Produktion, Zirkulation und Spekulation innerhalb des kapitalistischen Systems aufzulösen und die einzelnen Elemente der Zinstheorie voneinander unabhängig zu betrachten. Aber auch schon die Unterscheidung von Realwirtschaft und fiktivem Kapital, wie sie noch Karl Marx vorgenommen hat, erscheint vielen Wissenschaftler*innen heute nicht mehr sinnvoll.

Umso genauer gilt es hinzusehen, wenn konservative Kräfte eine ökonomiekritische Haltung dafür verwenden, das eigene gewinnstrebende Tun zu legitimieren. Im Falle von Kollhoffs Anlehnung an Ezra Pound lohnt sich ein erneuter Blick in den Süden. In Italien hat sich 2003, also zwei Jahre nach Vollendung des Walter-Benjamin-Platzes, eine neofaschistische Bewegung namens „CasaPound“ gegründet, in deren Programm sich Kapitalismuskritik mit antisemitischen Motiven verbindet. Ähnlich wie bei Kollhoff dient bei CasaPound der Literat nicht nur als Bezugspunkt zum historischen Faschismus und nicht nur als sozio-kulturelle Identifikationsfigur, sondern auch als politisch-ökonomischer Stichwortgeber.⁴⁵ Laut CasaPound-Forscher Heiko Koch setzt die Partei auf eine oberflächliche und verkürzte Kapitalismuskritik, um sich scheinbar mit den sozial Schwachen der (italienischen) Bevölkerung zu solidarisieren. Doch generell beziehe die antikapitalistische Kritik von CasaPound die Eigentums- und Produktionsverhältnisse nicht mit ein, die Mechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft würden nur reduziert, personifiziert und schließlich dämonisiert.⁴⁶

Natürlich gibt es keine Kausalverbindung zwischen Kollhoffs unauffälligem Pound-Zitat und der neofaschistischen römischen CasaPound, aber die ideelle Nähe ist dennoch kein reiner Zufall. Denn wie die italienische Partei fügt auch Hans Kollhoff seinen kapitalismuskritischen

Argumentationen keine tragfähigen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen hinzu. Im Gegenteil: Am Walter-Benjamin-Platz ist die exkludierende, segregierende Wirkung der gegenwärtigen Ökonomie abzulesen. Denn ohne Frage stellt Kollhoffs „CasaPound“ einen Gebäudekomplex dar, der auf einer klassischen Investorenstruktur beruht, welcher nicht dazu bestimmt ist, Werte zu tradieren, sondern Rendite abzuwerfen, und zwar für einen Bauherrn namens Grundbesitz Investitionsgesellschaft Leibniz-Kolonnaden mbH & Co. KG.

Die Aufmerksamkeit des Architekten richtet sich derweil auf die Unterscheidung zwischen derbem Warenfetischismus und „Dingen des wirklichen Genusses“. Auf dem Walter-Benjamin-Platz kann man ausgesuchten Wein aus dem Friaul und erstklassige italienische Speisen konsumieren. Der angeprangerte „Konsumkapitalismus“ blüht auch am Walter-Benjamin-Platz, allerdings in einer Form, die zur Distinktionsgewinnung taugt. Die edlen Materialien und Ausstattungen werden von zahlreichen Unternehmensberater*innen und Rechtsanwält*innen genutzt, die sich hier eingemietet haben. Die Büros und Eigentumswohnungen gehören in die gehobene Preisklasse.

Dass die versteckte Botschaft des Walter-Benjamin-Platzes auch von den schärfsten Kritiker*innen des sogenannten „Steinernen Berlin“ weitgehend unbemerkt blieb, kann man damit erklären, dass dem Berliner Architekturstreit der Schlusspunkt schon gesetzt war und sich ein vermeintlicher Konsens über den Neubau des alten Berlin legte. Rhetorisch vernebelnd wurde den Berliner „Stadtbürgern“ seitdem der Wert des „Verlorengegangenen“ immer wieder vor Augen geführt. Den verschiedenen Initiator*innen aus Politik, Immobilienwirtschaft und Zivilgesellschaft muss schon an dieser Stelle klar gewesen sein, dass dabei in erster Linie ein umfangreicher Wertschöpfungsprozess im Sinne der Bereicherungsökonomie im Gange ist. Betrachtet man heute die Selbstverständlichkeit, mit der die Rechte die Möglichkeiten einer revisionistischen Geschichtspolitik auch im Bereich der Architektur sucht, stellt sich die Frage, was dem vermeintlichen Konsens über einen andauernden Bedarf nach neugebauter Geschichte entgegengesetzt werden kann. Aber das ist eine andere Geschichte.

01 So der Vorschlag unter anderem von Akademie c/o, zum Beispiel unter www.co-now.eu/de/projects/a42org (Stand: 20.2.2019)

02 Verena Hartbaum: *Retrospektiv Bauen in Berlin seit 1975* (Disco 27), Nürnberg 2017

03 Christian Tröster: „Hans Stimmann, der Sarrazin der Architektur“, in: *Berliner Morgenpost*, 18.11.2010, www.morgenpost.de/kultur/article105064192/Hans-Stimmann-der-Sarrazin-der-Architektur.html (Stand: 20.2.2019)

04 Vgl. ebd.

05 Vgl. dazu z. B. den „Wertekompass“ der Jungen Alternative oder das Grundsatzprogramm der AfD, beschlossen auf deren Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016, www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (Stand: 14.2.2019)

06 Volker Weiß im Interview mit Nadja Erb: „Die Neue Rechte profitiert von Tabubrüchen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 14.7.2017

07 Vgl. Grundsatzprogramm der AfD (wie Anm. 5), S. 188

08 Bundesstiftung Baukultur, Reiner Nagel (Hg.): *Baukulturbericht 2014/15: Gebaute Lebensräume der Zukunft – Fokus Stadt*, Potsdam 2014, S. 114, www.bundesstiftung-baukultur.de/sites/default/files/medien/1/downloads/baukultur-bericht-2014_15.pdf (Stand: 26.2.2019)

09 Vgl. die Beiträge von Stephan Trüby und Philipp Krüpe in diesem Heft.

10 Vgl. Grundsatzprogramm der AfD (wie Anm. 5), S. 94

11 Vgl. Stephan Trüby: „Wir haben das Haus am rechten Fleck“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 8.4.2018

12 Der Wiederaufbau von Schinkels Bauakademie wurde jahrelang von Berliner Architekten forciert, darunter Paul Kahlfeldt, Hans Kollhoff und Bernd Albers.

13 Der Bau der barocken Fassade des Potsdamer Stadtschlösses wurde maßgeblich von Unternehmer Hasso Plattner finanziert. Auch TV-Moderator Günther Jauch unterstützte die Rekonstruktion mit einer hohen Summe.

14 Vgl. Grundsatzprogramm der AfD (wie Anm. 5), S. 94

15 Leitspruch der Ralf Schmitz Immobilien GmbH, www.ralfschmitz.com/exceptional-homes (Stand: 20.2.2019)

16 Zitat des Immobilienunternehmers Axel Schmitz, vgl. www.marke-niederrhein.de/ralf-schmitz (Stand: 14.2.2019)

17 Luc Boltanski, Arnaud Esquerre: *Bereicherung – Eine Kritik der Ware*, Berlin 2018, S. 15 f.

18 Ebd., S. 16

19 Vgl. Heinrich Klotz im Gespräch mit Nikolaus Kuhnert und Angelika Schnell: „Bloß nicht diese Hauptstadt“, in: ARCH+ 122 *Von Berlin nach Neuteutonia* (1994), S. 25; siehe auch Gert Kähle (Hg.): *Einfach schwierig – Eine deutsche Architekturdebatte*, Braunschweig 1995, S. 117

20 Heinz Dieter Kittsteiner: „Hauptsache gerühmt – Bei Usura: Kleine Erkundungen auf dem großen ‚Walter-Benjamin-Platz‘“, in: *Berliner Zeitung*, 8.1.2003

21 Verena Hartbaum: *Der Walter-Benjamin-Platz* (Disco 26), Nürnberg 2013

22 Anna Teut: „Wielandstraße – Leibnizstraße“, in: *Bauwelt* 17 (Mai 1992), S. 956 f.

23 Hans Kollhoff, zitiert nach „Die steinerne Mitte – Mathias Schreiber und Michael Mönninger im Interview mit Hans Kollhoff“, in: *Der Spiegel*, 6.11.1995, S. 246–55

24 Ebd.

25 Hans Kollhoff: „Die Stadt ist tot – Es lebe die Stadt!“, in: Peter Neitzke, Carl Steckeweh (Hg.): *Centrum – Jahrbuch Architektur und Stadt* 1992, Braunschweig 1993, S. 32

26 Ebd.

27 Vgl. „Selected World War II Broadcasts“, www.english.illinois.edu/maps/poets/m_r/pound/radio.htm (Stand: 20.2.2019), Auszug aus: Leonard W. Doob (Hg.): *„Ezra Pound Speaking“ – Radio Speeches of World War II*, Westport CT 1978

28 Vgl. Alexander Schmitz: *Ezra Pound zur Einführung*, Hamburg 1998, S. 7 f.

29 Persönliche E-Mail Kollhoffs vom Januar 2012, vgl. Hartbaum 2013 (wie Anm. 21), S. 58

30 Vgl. ebd., S. 59

31 Ebd.

32 Vgl. Hans Kollhoff: *Das architektonische Argument*, Zürich 2010, S. 260

33 Vgl. Hans Kollhoff (Hg.): *Über Tektonik in der Baukunst*, Braunschweig 1993, S. 11

34 „Wie eine löchrige Socke“, Hans Kollhoff im Interview mit Ulf Poschardt, in: *Welt am Sonntag*, 18.3.2012

35 Kollhoff 1993 (wie Anm. 33), S. 11 f.

36 Kollhoff 2010 (wie Anm. 32), S. 263

37 Vgl. Hans Kollhoff im Interview mit Ulf Poschardt (wie Anm. 34)

38 Kollhoff 1993 (wie Anm. 33), S. 13

39 Hans Kollhoff im Interview mit Ulf Poschardt (wie Anm. 34)

40 Peter Müller: „Schulfach Wirtschaft – Ein paar Prozent Streit“, in: *Die Zeit*, 30.1.2003, www.zeit.de/2003/06/Zinsgeschichte (Stand: 14.2.2019)

41 Vgl. Hans G. Ulrich: „Das Zinsnehmen in der christlichen Ethik“, in: Max Vollkommer (Hg.): *Der Zins in Recht, Wirtschaft und Ethik*, Erlangen 1989, S. 53–73

42 Vgl. Elmar Altvater: „Eine Vorbemerkung zur Debatte“, in: *Weil Kapitalismus sich ändern muss – Im Gespräch mit Hartmut Rosa, Stephan Lessenich, Margrit Kennedy, Theo Waigel*, Wiesbaden 2014, S. 7–20, hier S. 15

43 Fernand Braudel: *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts*, München 1986, S. 627

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Heiko Koch: *Casa Pound Italia – Mussolinis Erben*, Münster 2013, S. 73

46 Vgl. ebd., S. 77